

„Mit Energie zu Ende gedacht – Zahlen, Daten, Fakten“ lautete das Motto der Informationsveranstaltung des Vereins für Umwelt und Naturschutz Schmallenberg e.V. und der Bürger für Schmallenberg (BFS), die am Dienstag, 13.05.2015 stattfand. 200 Gäste folgten den Erklärungen des Gastredners, Ingenieur und Landratskandidat der SPD Reinhard Brüggemann, der Zahlen, Daten und Fakten zum Thema erneuerbare Energien vorlegte. Brüggemann ist ein ausgewiesener Fachmann in diesem Bereich, schließt u.a. Solaranlagen und Windräder an das vorhandene Stromnetz an.

Brüggemann bemängelte, dass das Thema in der Öffentlichkeit fast ausschließlich emotional geführt werde. Stets würde angeführt, dass man doch keinen Atomstrom wolle und den CO₂-Ausstoß mindern müsse. An dem Leitspruch „Meine Meinung steht fest! Bitte verwirren Sie mich nicht mit Tatsachen!“ machte Brüggemann deutlich, dass man dieses Thema besser über die tatsächlichen Zahlen, Daten und Fakten diskutieren könne.

Fehlende Speicher für den Strom aus Erneuerbaren Energien



Sauerland, Foto: [MichaMILU](#)

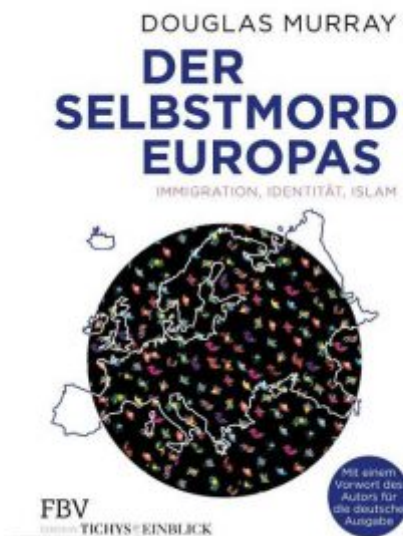
Da Wind nicht immer wehe und die Sonne nicht immer scheine, müsse die Energie zwischengespeichert werden. Alle derzeitigen Speichermöglichkeiten und Speicherideen seien nach aktuellem Stand der Technik unwirtschaftlich oder unrealistisch. Bezogen auf den Hochsauerlandkreis (HSK) müsste ein Speicher geschaffen werden der die elektrische Energie von etwa 10 Tagen entsprechend 50.000 MWh speichern könnte. Für den HSK hatte er von einem Batteriehersteller errechnen lassen, was ein Speichersystem basierend auf existierender Batterietechnologie kosten würde und welche Menge an Batterien man benötigte. Für eine Betriebsdauer von 20 Jahren entstünden etwa 14,4 Mrd. € Kosten und auf einer Fläche von 2 KM² könnte man 10 Tage Strom für den HSK durch Batterien vorhalten. Dies würde den Strompreis nach derzeitigem Stand um 42 Cent je Kwh erhöhen. Alternativ könnte man Pumpspeicherwerke bauen, dies müsste dem 19-fachen der Hennetalsperre entsprechen. Hierbei sei jedoch zu berücksichtigen, dass man noch mal genauso viele Talsperren aus Unterbecken benötige.

Brüggemann machte durch fundiert aufbereitete Fakten sehr deutlich, dass es auf derzeitigen Stand der Technik keine kostentechnisch effiziente Form der Energiespeicherung gibt und damit die Energiewende so nicht gelingen werde.

Wenn der Bürgermeister nicht mitspielt

Im weiteren Verlauf berichtete der 1. Vorsitzende des Vereins für Umwelt- und Naturschutz Schmallingen Martin Peters über die Auswirkungen des Landesentwicklungsplans der Landesregierung auf die gesamten Dörfer Schmallingens. Derzeit gibt es dazu keine eigen entwickelte, auf die Bedürfnisse der Stadt Schmallingen zugeschnittene Stellungnahme der Stadt. Man hat schlichtweg Fristen verstreichen lassen. Auswirkungen kann dieser mangelnde Protest der Stadt insbesondere auf alle Orte kleiner 2000 Einwohner haben und die Ziele in Bezug auf Windkraft im Landesentwicklungsplan (LEP) können für jeden Ort im Stadtgebiet unabsehbare Folgen haben.

Dem Argument, dass es besser sei auf Zeit zu spielen und erst mit der Planung von Konzentrationszonen zu beginnen, wenn auch wirklich der Druck da sei, möchte er sich nicht anschließen.



Michael Schiff (2. Vorsitzender) stellte die aktuelle Diskussion mit den Bürgermeistern der angrenzenden Kommunen Winterberg/Olsberg vor und erläuterte die unterschiedlichen Meinungen in der Diskussion mit dem Bürgermeister aus Schmallingen. Enttäuscht war man darüber, dass der Bürgermeister der Einladung nicht gefolgt war. Der hatte dies damit begründet, dass er nicht eine Wahlkampfveranstaltung der BFS besuchen wolle. Der

Bürgermeister sei nach wie vor der Meinung, er könne die Anzahl der Windräder minimieren, in dem er zwei Konzentrationsflächen ausweise und diese aktiv vorantreibe.

Den Vorschlag, sich mit den anderen Bürgermeistern an die Landes- und Bundesregierung zu wenden, um ein Zeichen gegen den unrealistischen Ausbau von Windenergieanlagen zu wehren, hielt der Schmallenberger Bürgermeister für aussichtslos. Diesem Argument kann der Verein für Umwelt und Naturschutz Schmallenberg e.V. nicht folgen, denn viele Bürgermeister auch aus den Kreisen Paderborn und Münster wehren sich schon gegen die Vorgaben. Ein Schulterchluss sowie eine gesunde demokratische Streitkultur und -fähigkeit wäre sicherlich hilfreich und kann eine hilfreiche Unterstützung der mehr als 100 Bürgerinitiativen in NRW sein.

BFS-Mitglieder erklärten, es als völlig inakzeptabel, wie die Stadtverwaltung bei der Beteiligung am Artenschutzgutachten vorgehe, indem sie möglichen Investoren einen Zuschuss gewähre. Gerade aufgrund der gehörten „Zahlen, Daten und Fakten“ müsse man sich doch gerade im Bereich der Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen zurückhalten und auf eine durchdachte und realisierbare Energiewende warten.

Verein für Umwelt und Naturschutz Schmallenberg e.V.
Zur Wahr 8 57392 Schmallenberg – Bödefeld
www.naturschutzverein-schmallenberg.de
info@naturschutzverein-schmallenberg.de
(Pressemitteilung 19.05.2014)

Titelfoto: [hpgruesen](#)



Werbung

André D. Thess

Sieben Energiewende- märchen?

Eine
Vorlesungsreihe
für Unzufriedene



SACHBUCH

 Springer